

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 2. Dezember 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

**P 290 Postulat Meyer-Huwyler Sandra und Mit. über eine bessere Integration von landwirtschaftlichen Themen an den Schulen des Kantons Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Elin Elmiger beantragt Ablehnung.  
Sandra Meyer-Huwyler hält an ihrem Postulat fest.

Sandra Meyer-Huwyler: Ich habe mein Postulat vor über einem Jahr eingereicht. Nach der Einreichung erhielt ich zahlreiche, positive Rückmeldungen. Das Thema ist brisant, denn leider verlieren immer mehr Menschen den Bezug zur Landwirtschaft. Leider, denn die produzierende Luzerner Landwirtschaft ist ein wichtiger Stützpfiler unserer Ernährungssicherheit. Die Regierung argumentiert, dass nur 5 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Es geht aber nicht nur um die Personen, die direkt in der Landwirtschaft arbeiten, sondern auch um die vor- und nachgelagerte Branche, die im Kanton Luzern besonders stark ist. Jeder elfte Arbeitsplatz ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Grundsätzlich erachte ich den Antrag des Regierungsrates auf teilweise Erheblicherklärung als positiv und auch in meinem Sinn. Jedenfalls ist die Regierung ebenfalls der Meinung, dass die Unterrichtsangebote ausbaufähig sind und die ausserschulischen stärker als bisher zur Verfügung gestellt werden können. Das nehme ich gern zur Kenntnis. Wie die Regierung schreibt, ist es wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen direkt vor Ort Erfahrungen sammeln können, wo die Nahrungsmittel produziert werden. Ein Beispiel: Ein Kalb, klein und süß, nach rund einem Jahr ein Stier, gross und stark, dem mit Vorsicht zu begegnen ist. Auch die Vergänglichkeit von Tieren und der Natur gehört dazu, ein ewiger Kreislauf, wie das Leben und Sterben in der Wildnis. «Schule auf dem Bauernhof» (SchuB) ist ein bereits bestehendes Angebot für Schülerinnen und Schüler. Leider wird dieses freiwillige Angebot in den Schulen unterschiedlich wahrgenommen. Deshalb finde ich es wichtig, dass dieses Angebot gut positioniert wird und Unterstützung erhält, damit möglichst viele davon profitieren können und es stärker als bisher benutzt wird. Den Steilpass, weshalb ich an der Erheblicherklärung festhalte, liefert das Unterrichtsmaterial in der Sekundarstufe in einer ländlichen Gegend im Kanton Luzern. Diese Arbeitsblätter wurden mir zugestellt und ich war etwas schockiert über ihren Inhalt: Unterrichtsmaterial über die deutsche Landwirtschaft an Schweizer Schulen. Die Landwirtschaft in Deutschland funktioniert in ganz anderen Dimensionen. Man kann das nicht vergleichen, vor allem in Bezug auf die Tierhaltung. Deshalb esse ich auch lieber Fleisch von Tieren aus Schweizer Haltung. Wir müssen also auch die Lehrpersonen mit ins Boot holen, sodass der Unterricht und das Material der Realität entsprechen. Mein Wunsch wäre ein

einfaches Angebot in Form einer freiwilligen Weiterbildung oder Kurse zum Thema Schweizer Landwirtschaft verstehen. Allenfalls in Zusammenarbeit mit externen Anbietern. Ich bin diesbezüglich sehr offen. Es geht mir nicht darum Demeter, Bio, IP oder konventionelle Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Welche Form besser ist, soll jeder selbst entscheiden. Aber es soll der Realität entsprechen, damit jeder seine eigene Meinung bilden kann. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Elin Elmiger: Die SP-Fraktion ist sich in dieser Frage nicht einig, deshalb werden Sie verschiedene Wortmeldungen hören. Das Postulat möchte landwirtschaftliche Themen stärker im Luzerner Bildungssystem verankern. Schülerinnen und Schüler sollen besser über den Auftrag der Schweizer Landwirtschaft und deren Anbau aufgeklärt werden. Auch SchuB soll Bestandteil des Unterrichts werden. Die Postulantin schreibt weiter, dass in der Schule neutral unterrichtet werden sollte und daher auch die Lehrpersonen eine fundierte Ausbildung zu Themen der Landwirtschaft erhalten sollten. Ich kann der Postulantin zustimmen, dass es für die Bildung und auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehr wichtig ist, über gutes Unterrichtsmaterial zu verfügen und die Komplexität und Kontroversität von Themen vermittelt werden soll, ohne diese zu beschönigen. Es ist wichtig, Einblicke in verschiedene Bereiche zu erhalten und andere Lebensrealitäten kennenzulernen. Auch wir von der SP-Fraktion wollen, dass die Schülerinnen und Schüler sensibilisiert und informiert werden und ihnen eine ganzheitliche Betrachtung von Themen ermöglicht wird. Die Postulantin unterstellt aber den Lehrpersonen, dass sie zu wenig realistisch und praxisbezogen unterrichten und eine Aus- und Weiterbildung auf einem Bauernhof absolvieren sollten, um einen realistischen und praxisnahen Wissensstand vermitteln zu können. Mit dieser Bemerkung, dass die Schulen ein politisch neutraler Ort sind und deshalb auch externe Anbieter und Personen mit landwirtschaftlicher Ausbildung unterrichten können sollten, entlarvt die Postulantin das Ziel selbst. Die produzierende Landwirtschaft hätte gerne mehr politischen Einfluss auf die Unterrichtsinhalte und die Ausbildung der Lehrkräfte. Wie würde der SVP-Teil der Unterzeichnenden wohl reagieren, wenn Besuche in Asylzentren, Mithilfe in Naturschutzgebieten usw. gefordert würden? Das Bedürfnis, landwirtschaftliche Themen näher zu bringen, ist für mich nachvollziehbar. Durch mein landwirtschaftliches Elternhaus kenne ich den Wunsch, anderen Personen die Lebensrealität sowie die Herausforderungen und Chancen zu vermitteln. Ich finde es aber trotzdem nicht in Ordnung, dass eine einzelne Berufsgruppe in der Schule lobbyieren sollte. Natürlich gehören auch landwirtschaftliche Themen zu einer breiten Grundausbildung, diese sind im Lehrplan auch enthalten. Die Berücksichtigung einzelner Berufsgruppen gehört aber nicht zum Auftrag der Volksschule. Es gibt auch ohne dieses Postulat Schulen, die mit Bauernhöfen zusammenarbeiten. Ich kenne eine Schule, die Inselangebote der integrativen Sonderschule auf einem Hof anbietet. Auch meine Eltern konnten bereits verschiedene Schulklassen auf ihrem Bauernhof begrüssen. Das ist eine gute Sache, die aber trotzdem nicht obligatorisch werden soll. Die Landwirtschaft ist eine sehr engagierte Branche und hat auch andere Möglichkeiten, ihre Themen der Bevölkerung näher zu bringen, beispielsweise Projekte wie von Bauer zu Bauer, Pausenmilch usw. Da wir den Vorschlag der teilweise Erheblicherklärung als eine nett formulierte Ablehnung der Regierung betrachten, lehnt eine grosse Mehrheit der SP-Fraktion das Postulat ab.

Angelina Spörri: Die Postulantin fordert, dass das Thema Landwirtschaft besser im Unterricht verankert wird. Wir unterstützen die Ansicht der Regierung, dass landwirtschaftliche Themen bereits heute gut im Lehrplan 21 verankert sind und durch Lehrmittel sowie ausserschulische Angebote wie SchuB sinnvoll ergänzt werden. Es ist wichtig – und diesbezüglich folgen wir der Haltung der Vorstösserin –, dass Kinder und Jugendliche

die Landwirtschaft und ihren Bezug zur Wirtschaft, Natur und Gesundheit kennenlernen. Kritisch sehen wir jedoch den Unterton des Postulats, der den Eindruck erweckt, dass die Lehrpersonen in diesem Bereich nicht ausreichend kompetent sind. Die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule stellt sicher, dass Lehrpersonen inhaltlich, sachlich, ideologiefrei und kompetenzorientiert vermitteln können. Wir haben anlässlich der Diskussion über die politische Bildung auch nicht gefordert, dass vor allem Politiker die Lernenden in politischen Themen unterrichten sollen. Wir anerkennen die bestehenden Angebote und sehen darin eine solide Grundlage, die natürlich jeweils den ändernden Gegebenheiten angepasst werden muss. Diesbezüglich gehen wir mit der Postulantin einig. Die weitergehende Verpflichtung, wie von der Postulantin nahegelegt, wäre aber nicht verhältnismässig und könnte zulasten anderer Lehrplaninhalte gehen. Die GLP-Fraktion unterstützt daher die Haltung der Regierung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Ronny Beck: Das Anliegen des Postulats ist richtig. Unsere Kinder sollen wissen, wie Lebensmittel entstehen, wie ein Bauernhof funktioniert und welche Verantwortung die Landwirtschaft trägt. Wir müssen aber aufpassen, dass die Schule nicht zu einem Ort wird, an dem jede Branche ihre Pflichtlektion einfordert: Landwirtschaft, Gesundheit, Energie, Sicherheit, alle hätten gute Gründe. Deshalb braucht es ein gutes Augenmass. Die heutigen Angebote funktionieren sehr gut. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der eingeschlagene Weg richtig ist. Die bestehenden Angebote sollen ausgebaut, erleichtert und gestärkt, aber keine neuen Verpflichtungen geschaffen werden. Das Ziel ist ein guter Unterricht, aber kein zusätzlicher Zwang. Mehr Landwirtschaft im Unterricht ja, mehr Zwänge und Bürokratie für die Schulen nein. Aus diesem Grund stimmt die FDP-Fraktion grossmehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Rahel Estermann: Ich halte das Votum in Vertretung von Laura Spring, die krank ist und das Votum geschrieben hat. Der Regierungsrat führt eindrücklich aus, wie konkret und gut die Ernährungs- und die Landwirtschaftsthemen im Lehrplan verankert sind und was die Schulen bereits alles tun. Das ist gut und das unterstützt die Grüne Fraktion sehr. Es sind wichtige Themen, die alle zusammenhängen. Es geht um Böden, Biodiversität und Klimaschutz und natürlich auch um gesunde Lebensmittel auf unserem Tisch. Diese Zusammenhänge sind elementar und gerade im Kanton Luzern, der in jeder Gemeinde einen Bauernhof hat, ist es sinnvoll, wenn Kinder und Jugendliche vermehrt in Austausch kommen und direkt auf den Betrieben Erfahrungen sammeln können. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass die erwähnten Unterrichtsangebote ausbaufähig seien. Deshalb soll geprüft werden, welche weiteren Angebote mit Bezug zu den Themen Produktion, Wirtschaft, Politik, Nachhaltigkeit, Umwelt und Ernährung aufgenommen werden können. Deshalb sollen ausserschulische Angebote künftig stärker als bisher zur Verfügung gestellt werden. Genau diesen Punkt anerkennen wir Grüne ebenfalls und erachten es mit Blick darauf, was bisher geleistet wird, sinnvoll. Die Themen nur im Schulzimmer zu behandeln, wird nicht reichen, um die fehlende Verankerung der grossen Mehrheit der Gesellschaft mit der Landwirtschaft wettzumachen. Aktuell dreht die Tiefpreisspirale im Detailhandel immer stärker. Die Lebensmittel werden zu Tiefstpreisen angeboten. Sie alle haben vom Brot gehört, das nur noch 1 Franken kosten soll. Gleichzeitig werden die Herausforderungen der Landwirtschaft nicht kleiner, denn es braucht Lösungen für viele Zielkonflikte, die sich in der Landwirtschaft abbilden, aber stark mit dem Ernährungssystem verknüpft sind. Die Schweizer Bevölkerung gibt immer weniger Geld aus für ihr Essen und die Zusammenhänge werden immer weniger verstanden. Ein Beispiel: Biokartoffeln ohne Pestizide zu produzieren funktioniert zwar, aber es fallen höhere Produktionskosten an. Oder das Thema Tierwohl: Alles, was gut für die Tiere ist, bedeutet mehr Arbeit für die Betriebe. Wenn die höheren

Kosten für umwelt- und tierfreundlichere Produktionssysteme nicht verstanden und bezahlt werden, entsteht eine Lücke zwischen dem, was wir uns wünschen und dem, was umsetzbar ist. Es braucht deshalb deutlich mehr Bildung zu all diesen Themen. Die Luzerner Landwirtschaftsbetriebe können in Zusammenarbeit mit den Schulen viel dazu beitragen. Es braucht eine stärkere Verbindung zwischen Konsum und Produktion. Dabei ist die Bildung ein wichtiges Puzzleteil. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Gerda Jung: Das Postulat nimmt ein Thema auf, das eine weitreichende Auswirkung auf unsere Gesellschaft und unser System hat. Der Bezug, das Wissen und die Erfahrung in all den landwirtschaftlichen Themen sind lebenswichtig. Wir Menschen sind Natur und so, wie es uns die landwirtschaftliche Bereiche vorleben. Die Regierung beschreibt die Wichtigkeit des Postulats ausführlich und verweist dabei auch auf eine beträchtliche Anzahl an vorhandenen Massnahmen, die bereits gelebt werden und im Lehrplan 21 festgelegt sind. Die Mitte-Fraktion unterstützt dies sehr. Doch es bedarf einer noch bewussteren und kreativeren Umsetzung mit all den vorhandenen Möglichkeiten. Die Unterrichtsangebote sollen kostenneutral weiterentwickelt werden. Zu erwähnen sind dabei sicherlich die Lehrpersonen, die zu ersuchen sind, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und den Kindern die wahre Landwirtschaft nahe zu bringen und nicht, die Landwirtschaft als Bedrohung für den Menschen darzulegen. Das Wissen und die Erfahrung über all die landwirtschaftlichen Themen ist eine wichtige Grundlage für jeden Menschen. Ohne Landwirtschaft kein Leben. Der Schulalltag ist die Möglichkeit für alle Lernenden, um zu diesem Wissen zu gelangen. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Priska Fleischlin: Ich lege meine abweichende Meinung zur SP-Fraktion dar und gleichzeitig meine Interessen offen: Ich gehöre dem Vorstand von «Green Care Schweiz» an. Green Care Schweiz hat das Ziel, den Menschen alle Angebote der Natur näherzubringen und vor allem im landwirtschaftlichen Bereich politisch zu fördern. Im Herbst haben die Nationalräte Raphaël Mahaim der Grünen und Alois Huber der SVP auf nationaler Ebene ein Postulat eingereicht, dass naturbezogene und landwirtschaftliche Angebote sichtbar gemacht, aber auch professionalisiert werden. Zudem soll die Möglichkeit von sozialen Angeboten in der Landwirtschaft gefördert werden, weil die Nachhaltigkeit damit gestärkt werden kann. Es ist wichtig, unsere Silos zu verlassen und mit verschiedenen Professionen zusammenzuarbeiten. Kinder und Erwachsenen sollen von der Landwirtschaft lernen können, aber auch die Landwirtschaft von den Kindern und dem Bildungsbereich. Das ist aber auch mit Vorsicht zu geniessen, da nicht alle in der Landwirtschaft eine Vorzeigefunktion ausüben. Das ist aber in jeder Profession so und es gibt Bereiche, die man in den Schulen nicht zeigen möchte. Es gibt aber auch sehr viele, meiner Meinung nach die Mehrheit, die eine enorm schöne Natur- und Erdverbundenheit an den Tag legen. Sie können zeigen, was es bedeutet, im Kreislauf der Natur und im Jahreskreislauf zu leben oder was Nachhaltigkeit heisst, beispielsweise wenn es um Bodenstrukturen geht. Den Humus stärkt man nicht nur für das nächste Jahr, sondern auch für kommenden Generationen. Ein Schinkengipfeli enthält Fleisch, das von einem Tier stammt. Das gilt es zu würdigen. Mit entsprechenden Massnahmen kann man zudem schon früh lernen, Foodwaste zu vermeiden. Es geht darum, Respekt zu lernen, wozu die Landwirtschaft sehr viel beitragen kann. Ich kenne viele schöne Beispiele, etwa von Menschen die Rezepte sammeln und danach einen Bauernhof besuchen, um Eier und Milch zu kaufen. Dabei staunen sie, dass die Eier von Hühnern stammen und wie viel Arbeit dahintersteckt. Nach einem solchen Besuch schmeckt der selbst gebackene Kuchen ganz anders. Das sind Dinge, die den Menschen dabei helfen zu erkennen, was hinter diesen Produkten alles steckt. Ich stimme der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Thomas Alois Hodel: Ich finde das Postulat sehr wichtig, da heute bei vielen ein Wissensdefizit besteht. Früher hatte jeder einen Bauern in der Verwandtschaft oder ging im Sommer auf einem Bauernhof in die Ferien. Dabei hat man gesehen, wann die Äpfel reif sind, wann die Gerste gesät und geerntet wird usw. Das alles geht heute verloren. Dieses Basiswissen müsste wieder vermittelt werden. Viele haben heute das Gefühl, dass der Bauer ein Giftmischer ist und das Tierwohl hintergeht, um den Gewinn zu maximieren. Wir sollten der Bevölkerung deshalb zeigen können, dass das nicht so ist. Dass es das braucht, zeigt auch das neuste Globi Buch. Wenn sich der Autor ein gewisses Basiswissen angeeignet hätte, wüsste er, dass eine Kuh nicht zu 80 Prozent Soja frisst. Diese Kuh wäre nämlich mit grosser Wahrscheinlichkeit an einer schweren Pansenazidose eingegangen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Luzern ist auch ein Agrarkanton, das ist unbestritten und das gilt es auch in der Bildung entsprechend zu würdigen. Es ist wichtig, dass unsere Lernenden Kenntnisse über die Landwirtschaft haben, ein Verständnis und auch eine gewisse Nähe. Dazu gehört auch ein Verständnis für die produzierende Landwirtschaft und dass der Bezug zur Wirtschaft, zur Natur aber auch zur Gesundheit gemacht wird. Das Thema Landwirtschaft ist fest im Lehrplan verankert. Wie das vermittelt wird, geben wir von Kantonseite nicht vor, sondern das entscheiden die Schulen selbst. Wir haben aber eine Lehrplankommission, welche die entsprechenden Lehrmittel genehmigt. Wir setzen verstärkt ausserschulische Lernorte ein, die sind wichtig. Im Projekt «Schulen für alle» haben wir mit der Vernetzung mit den ausserschulischen Lernorten einen wichtigen Schwerpunkt, den wir auch weiterentwickeln wollen. Auch SchuB ist ein gutes System. Die Schulen entscheiden aber selbst, ob sie dieses nutzen wollen oder nicht. Wichtig ist die Mitfinanzierung, die wir dabei leisten. Ich bin dankbar, dass das durch den Träger bzw. auch den Bäuerinnen- und Bauernverband mitfinanziert wird. Das ergibt eine günstige Möglichkeit, sich mit Informationen zu versorgen und eine entsprechende Nähe zu SchuB aufzubauen. Aber eine fixe Vorgabe, die den Besuch verpflichtend macht, würde das System in mehrfacher Hinsicht sprengen. Einerseits, weil wir seitens Kanton grundsätzlich keine solchen Vorgaben machen. Andererseits müssen wir anerkennen, dass der Stundenplan voll ist. Wir müssen eher entschlacken, als dass wir noch zusätzliche Informationen einbauen könnten. Oder wir müssten eine Güterabwägung vornehmen: Wenn wir hier mehr einsetzen, müssten Sie mir sagen, wo wir auf der anderen Seite kürzen könnten. Wir wollen die Unterrichtsangebote dennoch ausbauen und dort, wo möglich noch mehr Bezüge zur Landwirtschaft schaffen. Deshalb beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung. Ich bin mit Sandra Meyer-Huwyler einverstanden, dass die deutsche Landwirtschaft nicht mit Familienbetrieben aus der Schweiz vergleichbar ist. Das nehme ich so mit und lasse es überprüfen. Elin Elmiger hat erklärt, dass die teilweise Erheblicherklärung die höfliche Form der Ablehnung ist. Das ist ein Mythos, der sich in diesem Saal konsequent hält. Dem ist nicht so. Auch für die Regierung ist eine teilweise Erheblicherklärung immer noch ein politischer Prüfauftrag. Angelina Spörri hat gesagt, dass es mit der Ausbildung der Lehrpersonen steht und fällt. Ich habe Verständnis, dass Sandra Meyer-Huwyler und Angelina Spörri unterschiedlicher Ansicht sind, wie gut eine Lehrperson in diesem Bereich ausgebildet sein müsste. Selbstverständlich könnte eine Landwirtin oder ein Landwirt mit ganz anderem Herzblut in einer Schule auftreten. Aber das ist eine Erwartung, die wir schlicht nicht erfüllen können, wenn es darum geht, an den Schulen auch die Inhalte der Landwirtschaft näher zu bringen. Ronny Beck hat recht, wir wollen ebenfalls keine Pflichtlektionen für jede Branche. Das bringt unsere Darlegungen auf den Punkt. Rahel Estermann hat die Wichtigkeit von ausserschulischen Lernorten betont. Das habe ich so bestätigt. Es ist tatsächlich alles mit allem verknüpft. Insofern ist die Landwirtschaft ein spannendes und attraktives Thema, um

Lerninhalte zu vermitteln. Gerda Jung hat die kostenneutrale Entwicklung gefordert, das habe ich gehört. Auch sie hat darauf gepocht, dass die Ausbildung der Lehrpersonen wichtig ist. Priska Fleischlin ist speziell auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eingegangen. Diesbezüglich ist es mir wichtig Ihnen mitzuteilen, dass in Bezug auf Fragen zur BNE sowohl allen NGO als auch allen Ämtern von Bund und Kantonen der direkte Zugang zu den Schulen verwehrt ist. Das ist den meisten wahrscheinlich nicht bekannt. Bund und Kantone haben die Stiftung «éducation21» eingerichtet, welche die Filterfunktion vornimmt, dass keine NGO-Inhalte direkt in die Schulen gelangen. Das ist eine gute Institution, meine Interessenbindung ist, dass ich Präsident dieser Stiftung sein darf. Diese Information ist wichtig und sollte Ihnen unbedingt bekannt sein. Thomas Alois Hodel hat erklärt, das Wissen sei zurückgegangen. Das ist so, hängt aber auch damit zusammen, dass früher wahrscheinlich 90 Prozent der Kantonsräinnen und Kantonsräte sagen durften, dass ihre Eltern Landwirte seien. Das ist heute sicher nicht mehr der Fall. Heute dürfen nur noch die Wenigsten direkt aus Bauernfamilien stammen. Wir sind der Meinung, dass wir gut unterwegs sind. Wir können es noch ein bisschen besser machen und beantragen daher die teilweise Erheblicherklärung. Ich stelle aber fest, dass wir insgesamt ein gemeinsames Verständnis haben, was für den Agrarkanton wichtig ist.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 66 zu 45 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 95 zu 16 Stimmen teilweise erheblich.